



Stellungnahme des Landesverbandes Schulpsychologie Berlin e.V.  
zum Artikel im Tagesspiegel vom 13.10.2023 mit dem Titel  
„Schulpsychologie: Linke warnt vor Kürzungen.“

15.10.2023

Während aktuell das dritte Einstellungsverfahren für viele offenen Stellen in der Schulpsychologie läuft, sind im Entwurf des Haushaltsplans für Bildung, Jugend und Familie diese notwendigen Stellen nicht zu finden.

Dies erinnert uns an das Jahr 2020, in dem aufgrund der fehlenden Sicherung von insgesamt 29 Stellen im Haushalt 20/21 freigewordene Stellen in der Schulpsychologie abgebaut wurden. Erst im Sommer 2022 wurden für den Haushalt 22/23 die 29 Stellen verstetigt, 10 neue unbefristete Stellen und 26 neue befristete Stellen geschaffen. Diese Entscheidung wurde parteiübergreifend begrüßt.

Der Stellenzuwachs war lange überfällig, ist jedoch bis heute noch nicht realisiert. Drei Auswahlverfahren waren bisher nötig, um die Lücke des Stellenabbaus aus 2020 rückgängig zu machen und den Zuwachs zu gewinnen. Mit der Bereitstellung der Stellen für die Schulpsychologie rühmen sich sowohl die vorherige Senatorin als auch die amtierende Senatorin. Dabei sind nach eigenen groben Schätzungen erst drei Viertel dieser Stellen überhaupt besetzt. Lange Auswahlverfahren sind in Zeiten des Fachkräftemangels einer der Gründe, warum die Stellen bislang gar nicht besetzt werden konnten. Nun wäre die Verstetigung der 26 befristeten Stellen, neben den im Januar 2023 in Aussicht gestellten weiteren 13 Stellen für den Schwerpunkt Jugendgewalt, notwendig.

Welche Finanzierung der noch zu besetzenden Stellen zugrunde liegt, ist undurchsichtig. Im aktuellen Entwurf des Haushaltsplans ist erneut kein eindeutiger, allumfassender Titel für die Stellen der Schulpsycholog\*innen vorgesehen und man sucht vergebens nach den 26 Stellen.

Wir müssen als Schulpsycholog\*innen darauf vertrauen, dass niemand auf die Idee kommen könnte, erneut Stellen in der Schulpsychologie zu reduzieren. Milde ausgedrückt wäre dies eine sehr kurzsichtige und keinesfalls weise Entscheidung.

Die psychosozialen Auswirkungen der multiplen Krisen, wie nun auch der aktuelle Nahost-Konflikt, sind vor allem in den Schulen unübersehbar und die schulpsychologische Expertise ist gefragter denn je. Bereits jetzt ist festzustellen, dass der Fachkräftemangel und der fehlende Raum für nachhaltige Bildung, Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung langfristig negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben wird. Der Demokratiefeindlichkeit muss in einem stabilen und starken Bildungsumfeld entschlossen entgegengetreten werden. Junge Menschen benötigen für ihre psychische Gesundheit ein stabiles System. Sie wachsen in einer Welt auf, die sich immer schneller wandelt, unsicherer, komplexer und mehrdeutiger wird. Dafür können gerne, zusätzlich zu uns Schulpsycholog\*innen, „Mental Health Coaches“ ausgebildet und eingestellt werden.

Wir Schulpsycholog\*innen werden hochqualifiziert und nachhaltig unseren zentralen Beitrag zur psychischen Stabilität aller am Bildungssystem Beteiligten leisten. Wir Schulpsycholog\*innen werden gebraucht. Wer das ignoriert, handelt grob fahrlässig.

Wir fordern den Erhalt aller Stellen und die im Januar 2023 in Aussicht gestellte Aufstockung von 13 Stellen für die Schulpsychologie und 13 Stellen für die Schulsozialarbeit an den Berliner SIBUZ.

Unterzeichnende:

Matthias Siebert

Vorsitzender des Landesverbands Schulpsychologie Berlin e.V.

Vorsitzender der Vereinigung der Berliner Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in der GEW

Landesbeauftragter der Sektion Schulpsychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) für Berlin

Franziska Bauer und Katharina Neumetzler

Vorstand des Landesverbands Schulpsychologie Berlin e.V.

Marlies Fritsch, Katrin Krug, Wenke Meisch, Maike Pöhler, Anna Prochnow und Hannah Thomas

Erweiterter Vorstand des Landesverbands Schulpsychologie Berlin e.V.